

Winterhilfe muss Absagen erteilen

Jugendliche benötigen für die Ausbildung Laptops, die über hohe Standards verfügen. Nicht alle können sich das aber leisten.

Nora Hoffmann

Mit der Berufslehre oder einer höheren Fachmittelschule beginnt für viele Jugendliche ein neuer Lebensabschnitt. Und für manche ist dieser Schritt mit erheblichem Stress verbunden. Denn: Für die Ausbildung benötigen die Jugendlichen einen leistungsfähigen Laptop, der den neusten Anforderungen entspricht. Familien mit kleinem Budget können sich einen solchen oft nicht leisten.

Winterhilfe verteilte Laptops

Die Winterhilfe erhält deshalb ab Juni bis September jeweils wöchentlich Anfragen für Laptops. Und eine Zeit lang konnte die Winterhilfe dank Spenden Laptops an Lernende und Studierende aus Basel abgeben. Wegen der grossen Nachfrage für Hilfe, mussten die Leistungen auf die noch existenzielleren Bedürfnisse wie Miete, Strom, Versicherungen, Essen oder Kleidung fokussiert werden. Laptops können aktuell nur in besonderen Härtefällen finanziert werden.

Wie die Geschäftsführerin Martina Saner auf Anfrage sagt, könne die Winterhilfe Basel-Stadt «das Problem nicht allein lösen und allen Armutsbetroffenen in Basel einen Laptop finanzieren». Insgesamt übernimmt oder übernahm die Winterhilfe im letzten Jahr mit 1,3 Millionen Franken Spendengeldern Rechnungen von armutsbetroffenen Alleinstehenden und Familien. Die Anfragen generell nehmen zu. Im letzten Jahr waren es 2'486 Gesuche.

Der Fokus werde bei der Vergabe klar «auf existenzsicher-



Die Mindestanforderungen an Laptops sind hoch und Jugendliche müssen sich ihr eigenes Gerät beschaffen.

Bild Getty

«Der Fokus werde bei der Vergabe klar auf existenzielleren Beiträgen gelegt»

de Beiträge gelegt». Obwohl eine Ausbildung natürlich sehr wichtig wäre, um später nicht armutsbetroffen zu sein, so Saner.

Sie stellt fest: «Seit die Winterhilfe kommuniziert hat, dass sie keine Laptops mehr bezahlen kann, sind die Anfragen etwas rückläufig. Würden wir das Angebot wieder eröffnen, würden wir sicher sehr viele Anfragen bekommen, geschätzt gut 50 bis 100 pro Jahr», sagt Martina Saner. «Die den Sozialhilfebeziehenden zur Verfügung gestellten Secondhand-Laptops erfüllen die Bedingungen für

Berufsschulen und Uni meist nicht.»

Books sind nicht mehr tauglich

Auf Primarstufe gibt es eine Lösung: Die sogenannten EduBS-Books halten gut für fünf Jahre. Sie könnten danach zwar kostengünstig übernommen werden, sind aber technisch für eine weiterführende Ausbildung oft nicht mehr tauglich.

Das Basler Erziehungsdepartement (ED) schreibt auf die Frage, ob die Problematik bekannt sei: «Die flächendecken-

de Einführung des BYOD-Systems («Bring your own Device») wurde für die Mittelschulen per Schuljahr 2020/21 und für die Berufsfachschulen in Folge schrittweise eingeführt. Die Schülerinnen, Schüler und Lernende, respektive die Erziehungsberechtigten, müssen ihre Endgeräte selbst beschaffen und finanzieren, analog zu den Lehrmitteln auf der Sekundarstufe II. Es gibt Mindestanforderungen an die Geräte, die jährlich aktualisiert werden.»

Der Ansatz habe sich bewährt. «Er entspricht dem

schweizerischen Standard und bereitet damit die Absolventinnen und Absolventen auf ein Hochschulstudium und die Berufswelt vor.» Weiter verweist das ED auf die niederschwellige Möglichkeit, Unterstützungszahlungen durch den Stipendienfonds zu erhalten. «Auf Antrag können 600 Franken an die Anschaffungskosten für Geräte geleistet werden.»

Schulen mit verschiedenen Regelungen

«Die Regelungen sind in jeder Schule unterschiedlich und oft nicht bekannt. Manche Schulen erstatten die Kosten, jedoch erst nachträglich und nach längerer Bearbeitungszeit», so SP-Grossrätin Melanie Nussbaumer.

Sie sieht den chancengerechten Zugang zur Bildung gefährdet, da für die Zusage einer Lehrstelle der Besitz eines entsprechenden Laptops Voraussetzung sein kann. Nussbaumer reicht im Grossen Rat einen überparteilich abgestützten Antrag ein, der den Regierungsrat bittet, «zu prüfen und zu berichten, dass der Zugang zu leistungsfähigen Laptops für armutsbetroffene Jugendliche vereinheitlicht, vereinfacht und bedarfsgerecht bis Ende Ausbildung und Studium sichergestellt wird.»

Beim Ausbildungsstipendium sei ein Beitrag an Materialkosten oder Semestergebühren als monatlicher kleiner Teilbetrag vorgesehen. Bücher, Laptop und Kursgelder würden aber bereits zu Beginn des Studiums fällig. «Das führt dazu, dass armutsbetroffene Personen sich verschulden müssen, um die Rechnungen zu zahlen», sagt Saner.